

Kommentar Wirtschaftspolitik
2016/31 | 28. September 2016

Migration und Integration

Migration und Integration sind aktuell zentrale Themen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Zuwanderung ist sowohl mit wichtigen Chancen für die demographische und ökonomische Entwicklung Österreichs verbunden als auch mit Herausforderungen. Darum muss Migrationspolitik in ein Gesamtkonzept der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eingebunden werden. Welche Auswirkungen zu erwarten sind, welche Möglichkeiten sich bieten und welche Strategien im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt erfolgversprechend sind, erörtert die aktuelle Ausgabe der Wirtschaftspolitischen Blätter „Migration und Integration“.

Die wissenschaftliche und öffentliche Debatte über die ökonomischen Auswirkungen von Migration in den Zielländern hat eine lange Geschichte. Im Kern geht es dabei um die Frage, ob die mit der Zuwanderung verbundenen Erträge die Kosten übersteigen oder negative Effekte auf die Volkswirtschaft überwiegen (vgl. Niebuhr). Angesichts der zunehmenden sprachlichen und ethnisch-kulturellen Diversität der Mitgrantinnen und Migranten spielt aber auch die Sicherstellung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft eine immer wichtigere Rolle in der Migrationsdebatte (vgl. Biffel).

Dabei ist die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte für Volkswirtschaften, die wie Österreich stark vom demographischen Wandel betroffen sind, von erheblicher Bedeutung (vgl. Biffel). Ohne Zuwanderung sind bei einer Fertilitätsrate von 1,42 Kindern pro Frau die zukünftigen Sozialleistungen nicht aufrecht zu erhalten bzw. nur mit erheblichem Anstieg der Abgaben finanzierbar (vgl. Berger/Strohner).

So ist, ausgehend von 7,9 Millionen Einwohnern im Jahr 1995, die Wohnbevölkerung Österreichs bis zum Jahr 2015 auf 8,6 Millionen gestiegen. Ein Großteil dieses Anstiegs entfiel auf Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, womit die Zuwanderung eine wesentliche Determinante der Bevölkerungsentwicklung darstellt. Die kräftige Zunahme der Bevölkerung schlägt sich auch am Arbeitsmarkt nieder. Seit dem EU-Beitritt ist das (unselbständige) Arbeitskräfteangebot deutlich gestiegen, von knapp 3,3 Millionen Menschen auf 3,9 Millionen 2015. Die Anzahl der Erwerbspersonen mit ausländischer Staatsbürgerschaft hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt und stieg von 325.000 auf 712.000 Personen (vgl. Hofer/Weyerstraß).

Schon 2024 wird voraussichtlich der Höhepunkt der demographischen Lücke erreicht: Die Zahl der Berufsaussteiger, also Personen im Alter von 60 Jahren, wird die Anzahl der Berufseinsteiger (Personen im Alter von 20 Jahren) um 40.000 übersteigen (vgl. Dornmayr). In einem Szenario ohne Zuwanderung wird die Bevölkerung Österreichs bis zum Jahr 2060 auf 7,3 Millionen Menschen sinken, während mit Zuwanderungen die Einwohnerzahl auf 9,7 Millionen geschätzt wird. Ohne Zuwanderung wird auch der Anteil der über 65-Jährigen bis 2060 massiv zunehmen – mit erheblichen Folgen auf die Wirtschaftstätigkeit und die Finanzierung des Sozialsystems (vgl. Berger/Strohner).

Aber auch Österreicherinnen und Österreicher emigrieren - rund 414.000 Personen lebten 2010/2011 im Ausland. Während die Abwanderungsquote mit 5,5 %

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autorin:
Dr. Elisabeth Nindl
+43 (0)5 90 900-4216
Elisabeth.Nindl@wko.at



im internationalen Vergleich gering ist, wandern überdurchschnittlich viele Österreicherinnen und Österreicher mit hoher Qualifikation ab (13 %). Durch die Neuausrichtung der österreichischen Migrationspolitik im neuen Jahrtausend in Richtung Höherqualifizierung ist es allerdings gelungen, den Anteil der hochqualifizierten Migrantinnen und Migranten zu erhöhen und somit die Abwanderung mehr als zu kompensieren (vgl. Biffi).

Für die ökonomischen Auswirkungen von Migration ist entscheidend, welche Qualifikationen die ausländischen Arbeitskräfte mitbringen und inwieweit diese Fähigkeiten und Kenntnisse die der einheimischen Erwerbspersonen in Produktionsprozessen komplementieren (vgl. Niebuhr). Die Zuwanderung von Flüchtlingen wird in den nächsten Jahren zu einem merklichen Anstieg der Beschäftigung führen, aber auch die Arbeitslosigkeit deutlich erhöhen, besonderes bei den Flüchtlingen selbst (vgl. Berger/Strohner). Schätzungen zufolge wird das Produktionspotenzial im Zeitraum 2016 bis 2020 um durchschnittlich 1,5 % pro Jahr steigen. Dazu dürfte die Ausweitung des Arbeitsvolumens einen Beitrag von 0,8 Prozentpunkten pro Jahr leisten, wovon wiederum 0,6 Prozentpunkte bzw. 75 % auf das Arbeitsvolumen von Migrantinnen und Migranten zurückzuführen ist (vgl. Hofer/Weyerstraß).

Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition lag im Jahr 2015 bei 9,1 %, wobei 8,1 % der österreichischen Staatsangehörigen und 13,5 % der Menschen mit Migrationshintergrund ohne Beschäftigung waren (vgl. Marik-Lebeck). Bis 2020 soll die strukturelle Arbeitslosigkeit von Ausländerinnen und Ausländern um weitere 1,75 Prozentpunkte steigen, die der Inländerinnen und Inländer um 0,75 Prozentpunkte. Die Eingliederung der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt stellt eine besondere Herausforderung dar, da erst ausreichende Sprachkenntnisse erworben werden müssen und die formale berufliche Qualifikation häufig unter jener der Österreicherinnen und Österreicher sowie Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten liegt (vgl. Hofer/Weyerstraß).

Migrantinnen und Migranten sind in allen Qualifikationssegmenten angesiedelt, nicht zuletzt in der mittleren Fachqualifikation, der Stärke der gegenwärtigen österreichischen Wirtschaft. Sie werden aber nicht in demselben Maße und nicht so systematisch wie in den Innovationsführerländern Schweden und Dänemark in der Spitzenforschung eingesetzt, sondern decken insbesondere den Bedarf an einfachen Qualifikationen ab (vgl. Biffi). Die migrationsbedingte Veränderung des Arbeitsangebots führt meist zu positiven Effekten auf die Produktivität, die Innovationsfähigkeit und die Exportaktivitäten. Auch gehen von der zunehmenden kulturellen Vielfalt der Beschäftigten positive, wenngleich eher moderate Impulse aus (vgl. Niebuhr).

Die emotional geführte Debatte über die aktuelle Flüchtlingsmigration darf die strategische Positionierung Österreichs im internationalen Wettbewerb um Talente nicht überlagern. Angesichts der demographischen Entwicklung sowie der überdurchschnittlich hohen Abwanderung von hochqualifizierten Österreicherinnen und Österreichern muss Migration eine wichtige Komponente einer langfristig ausgelegten Wirtschaftspolitik sein. Denn nicht nur Österreich ist mit einem sich abzeichnenden demographisch bedingten Mangel an Fachkräften konfrontiert, sondern auch wirtschaftlich bedeutendere Länder wie die USA, Kanada oder China. Es ist daher wichtig, potenziellen Migrantinnen und Migranten interessante Chancen zu bieten sowie Geflüchtete zu integrieren und ihnen die Möglichkeiten zu geben, die die gesamte Wohlfahrt mittel- und langfristig erhöhen.

Weitere Informationen: www.wirtschaftspolitischeblaetter.at



Wirtschaftskammer Österreich
 Vertretungsbefugtes Organ:
 Präsident Dr. Christoph Leitl
 Tätigkeitsbereich: Information,
 Beratung und Unterstützung der
 Mitglieder als gesetzliche
 Interessenvertretung.
 Blattlinie: Die Kommentare
 Wirtschaftspolitik informieren
 regelmäßig über aktuelle
 wirtschaftspolitische
 Themenstellungen.
 Chefredaktion:
 Dr. Christoph Schneider
 Druck: Eigenvervielfältigung
 Erscheinungsort Wien
 Offenlegung: wko.at/offenlegung